

## Worum es geht Gerechtigkeit als Problem der Marktgesellschaft

### 1 Der Markt als Problem

#### 1.1 Die Bedrohung

Die Verhältnisse sind bekannt: Die Marktgesellschaft der Gegenwart ist in eine Epoche ihrer Entwicklung eingetreten, in der sich Millionen Menschen in ihrer Existenz bedroht sehen. Bis weit in die Mittelschicht reicht die Bedrohung derer, die sich an den Rand der Gesellschaft gedrängt sehen oder fürchten, an den Rand gedrängt zu werden.<sup>1</sup> Bedroht sind in der gegenwärtigen Verfassung der Marktgesellschaft allerdings nicht nur die betroffenen Subjekte, in der Wahrnehmung eines soziologischen Beobachters stellt sich auch die Gesellschaft als bedroht dar. Denn soziologisch muss man die Subjekte zur Gesellschaft rechnen. Sie sind in ihrer Grenze verortet, um sich in ihrer Lebensführung aus ihr heraus in die Gesellschaft zu integrieren.<sup>2</sup> Sich in die Gesellschaft integrieren zu können, gehört zur Grundverfassung der menschlichen Daseinsform, die Möglichkeit, sich in sie integrieren zu können, eben deshalb zur Grundverfassung der Gesellschaft. Eine zureichende Integration in die Gesellschaft ist aber in der Marktgesellschaft der Gegenwart für Millionen verstellt. Exakt das macht die Problemlage der Marktgesellschaft der Gegenwart aus.

Bekannt ist auch, was die Bedrohung bewirkt. Am schwersten wiegt die Arbeitslosigkeit. Sie hat ein vordem unvorstellbares Ausmaß erlangt. Die Krankenversicherung befindet sich seit Jahren an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Durch die demographische Entwicklung im Altersaufbau der Bevölkerung ist auch das System der Rentenversicherung in eine Situation geraten, die die Auszahlung der vormals erwarteten Renten nicht mehr sicher erscheinen lässt. Üppig waren die Erwartungen für viele ohnehin nicht. Schließlich hat auch die Pflegeversicherung den Notstand in den Altenheimen und in den Familien nicht beseitigen können; ihre langzeitige Finanzierung erscheint ungesichert. Dazu kommen andere Probleme, Defizite im Bildungssystem vor allem; auch sie haben einen starken ökonomischen Hintergrund. Was ist der Grund der Bedrohung? Fehlt es

<sup>1</sup> Vgl. die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Gesellschaft im Reformprozess“.

<sup>2</sup> G. Dux, Das Subjekt in der Grenze der Gesellschaft, S. 233-267.

am volkswirtschaftlichen Vermögen, um die Lebenslage der Arbeitslosen so abzusichern, dass sie nicht in Armut geraten und sich nicht der Gefahr der Verelendung ausgesetzt sehen? Reicht das volkswirtschaftlich erarbeitete Vermögen nicht, um die Kosten der Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung so abzudecken, dass alle ein gedeihliches Auskommen hätten? Kaum! Deutschland ist ein reiches Land, stellt der Zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung fest.<sup>3</sup> Nicht anders urteilen seine sozialwissenschaftlichen Analytiker.<sup>4</sup> Tatsächlich ist auch der Grund der Problemlage jedem gewärtig, der sie wahrnimmt: Er liegt in der Struktur der Gesellschaft. Formulieren wir ihn so scharf wie möglich:

*Der Grund der Problemlage ist das ökonomische System des Marktes. Es ist das ökonomische System des Marktes, durch das die Bedrohung ebenso der Subjekte wie der Verfassung der Gesellschaft bewirkt wird.*

Inwiefern?

#### 1.2 Inklusion /Exklusion

Die Marktgesellschaft ist eine systemisch differenzierte Gesellschaft. Die drei Großsysteme: Ökonomie, Politik, Kultur machen das Gesamtsystem aus. Unter den Teilsystemen der Marktgesellschaft ist das ökonomische System des Marktes das eigentlich Gesellschaft begründende System. Alle sind mit allen über den Markt verbunden. Alle sind darauf angewiesen, die Güter zum Leben auf dem Markte zu erwerben, alle, oder so gut wie alle, müssen dazu ihre Arbeitskraft auf dem Markt anbieten. In der Marktgesellschaft ist für die Integration in die Gesellschaft deshalb unausweichlich die Inklusion in das ökonomische System notwendig. Nicht alle stehen jedoch mit ihrer Arbeitskraft dem Markt zu Verfügung, Kinder nicht, Kranke nicht und Alte auch nicht. Gewiss, das sind Lebenslagen der Subjekte; sie haben ihren Grund in den natürlichen Bedingungen, unter denen das Leben geführt werden muss. Nur macht es gerade das Problem der Marktgesellschaft aus, dass das ökonomische System schon den differenten Belastungen der Lebenslagen der Subjekte von sich aus keinen Platz einzuräumen vermag. Wenn man sich einerseits die Bedingungen des ökonomischen Systems vergegenwärtigt: über Arbeit in das ökonomische System integriert zu werden,

<sup>3</sup> Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2003)

<sup>4</sup> M. Miegel, Die deformierte Gesellschaft, S. 100.

andererseits die Lebenslagen, in denen sich die Subjekte nicht über Arbeit in das ökonomische System integrieren können, ahnt man bereits, dass das nicht gutgehen kann.

Das Problem, auf die Integration in die Gesellschaft durch die Inklusion in das ökonomische System angewiesen zu sein, diese Notwendigkeit aber mit den Lebenslagen der Subjekte nur schwer in Einklang bringen zu können, ist jedoch nicht das einzige Problem der Marktgesellschaft. Es ist gegenwärtig auch nicht das Grundproblem. Das Grundproblem liegt in der defizitären Inklusionskapazität des Marktes. In der Marktgesellschaft sind alle darauf angewiesen, sich über den Markt in die Gesellschaft zu integrieren. Alle wollen auch in das ökonomische System inkludiert werden, um dadurch die Chance zu erwerben, einen Anteil an den Errungenschaften der Gesellschaft zu haben, an den ökonomischen wie den kulturellen. Und alle wollen zu Bedingungen integriert werden, die auch jene biographischen Phasen abdecken, in denen sie nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, in der Kindheit, in Krankheit und im Alter. Der Markt deckt dieses Bedürfnis jedoch nicht ab. Durch die Jahrhunderte hat der Markt ungezählte Millionen von Menschen nicht oder nicht hinreichend zu inkludieren vermocht. Tatsächlich inkludiert auch heute das ökonomische System in allen Marktgesellschaften Europas, von West nach Ost und Nord nach Süd von sich aus Millionen von Subjekten nicht. Nicht anders steht es in den Vereinigten Staaten. Die Arbeitslosigkeit ist das mit Abstand größte Problem, mit dem sich die Marktgesellschaften konfrontiert sehen. Es ist jedoch nicht das einzige Problem. Auch die, die Arbeit gefunden haben, haben sich über Jahrhunderte auf dem Arbeitsmarkt nur unter Bedingungen zu verdingen und in das ökonomische System zu inkludieren vermocht, durch die sie keinen Anteil an dem Reichtum der Gesellschaft zu gewinnen vermochten, der es ihnen ermöglicht hätte, ein gedeihliches Auskommen zu finden und von dem Lohn der Arbeit die Risikophasen des Lebens, Krankheit und Alter, abzudecken. Millionen ist es auch heute nicht möglich.

Wenn man nach allem den Grund der Problemlage dort verortet, wo sie ihre Genese hat: in den Strukturen der Marktgesellschaft, lässt sich der Grund selbst prägnant bestimmen:

*Das ökonomische System der Marktgesellschaft kennt keine Mechanismen, die die Anforderungen der Subjekte an das ökonomische System, zu Bedingungen inkludiert zu werden, die ihnen ein gedeihliches Auskommen sicherten und sie in die Lage versetzten, den Sinnanforderungen der Lebensführung nachzukommen, mit seiner Inklusionskapazität in Einklang brächten.*

Die Feststellung, das ökonomische System des Marktes sei das Problem der Marktgesellschaft, will so verstanden werden, wie sie dasteht: als empirischer Befund. Es verschlägt nicht, wenn Ökonomen antworten, der Grund sei bei den Anbietern der Arbeitskraft gelegen, vor allem bei denen, die Löhne erwarteten, die der Markt nicht hergebe.<sup>5</sup> Denn die, die inkludiert werden wollen, brauchen nicht irgendwelche Löhne, sondern Löhne, die ihre Existenz sichern und sie ein Leben führen lassen, das den Sinnvorgaben des Daseins auf dem Entwicklungsniveau ihrer Gesellschaft gerecht wird. Ebenso wenig wird die Zurechnung der Problemlage zum Markt dadurch infrage gestellt, dass manche über keine hinreichende Bildung verfügen, um in das ökonomische System inkludiert zu werden, oder andere zwar über eine beachtliche Bildung, jedoch über eine, die gerade jetzt nicht benötigt wird. Auch diese Menschen müssen inkludiert werden, um leben zu können. Und auch sie wollen inkludiert werden. Um sie jedoch inkludieren zu können, fehlt es dem ökonomischen System an der Kapazität. Die Frage drängt sich auf: Weshalb ist das so?

## 2 Die Logik des ökonomischen Systems

Weshalb ist das so? Weshalb hat sich das ökonomische System schon in der Vergangenheit – von kurzen Phasen abgesehen – nicht in der Lage gesehen, alle, die inkludiert werden wollten und inkludiert werden mussten, zu inkludieren? Und weshalb sieht es sich auch heute dazu nicht in der Lage? Den Schlüssel zum Verständnis bietet das Verständnis der Logik, unter der das ökonomische System operiert. Wie alle sozialen Systeme stellt auch das ökonomische System eine Vernetzung von Handlungen und Kommunikationen dar. Es sind jeweils systemspezifische Interessen, die zum System vernetzt sind und die Logik seiner Operationalität bestimmen. Die Interessen der Handlungen und Kommunikationen, die in einer kapitalistisch verfassten Gesellschaft das System der Ökonomie bestimmen, zielen auf eines: auf die Akkumulation von Kapital. Kaufleute als Unternehmer waren es, die das ökonomische System der Marktgesellschaft im ausgehenden Mittelalter und in der frühen Neuzeit haben entstehen lassen.<sup>6</sup> Unternehmer und Unternehmen sind es, die auch heute seine

<sup>5</sup> So H. W. Sinn, *Ist Deutschland noch zu retten?*, S. 69, 93.

<sup>6</sup> Eine historisch anschauliche Darstellung der Anfänge findet sich bei P. Spufford, *Handel, Macht und Reichtum. Kaufleute im Mittelalter.*

systemische Verfassung bestimmen. Ihre Interessen bestimmen die Grundverfassung des ökonomischen Systems, die Akkumulation des Kapitals. Ihre Interessen, nicht der Markt, bestimmen auch die Logik der Prozessualität des ökonomischen Systems. Der Markt ist nur das Medium. Schärfer zusehende Ökonomen haben daran denn auch keinen Zweifel gelassen. Einer ihrer herausragenden Vertreter, Milton Friedman, hat die Grundverfassung des Systems über das Interesse an der Kapitalakkumulation prägnant zum Ausdruck gebracht. Er schreibt:

„In letzter Zeit gewann die Meinung immer mehr Raum, dass Unternehmer und Gewerkschaftsführer eine >>soziale Verantwortung<< hätten, die über die Vertretung der Interessen ihrer Aktionäre oder Mitglieder hinausginge. Diese Ansicht erweist sich als grundlegende Fehleinschätzung des Charakters und der Natur eines freien Wirtschaftswesens. In einem freien Wirtschaftssystem gibt es nur eine einzige Verantwortung für die Beteiligten: Sie besagt, dass die verfügbaren Mittel möglichst Gewinn bringend eingesetzt und Unternehmungen unter dem Gesichtspunkt der größtmöglichen Profitabilität geführt werden müssen, solange dies unter den festgelegten Regeln des Spiels geschieht...“

Wie zur Verstärkung des Gesagten fährt Milton Friedman wenige Zeilen später fort:

„Es gibt wenig Entwicklungstendenzen, die so gründlich das Fundament unserer freien Gesellschaft untergraben können, wie die Annahme einer anderen sozialen Verantwortung durch Unternehmer als die, für die Aktionäre ihrer Gesellschafter so viel wie möglich Gewinn zu erwirtschaften.“<sup>7</sup>

Dieser Feststellung ist nichts hinzuzufügen. Sie gibt exakt wieder, was hier als Logik des ökonomischen Systems verstanden wird.

### 3 Die Subjekte im System einer kapitalistischen Ökonomie

#### 3.1 Die Bedürfnisse der Subjekte

Subjekte sind, wie ich eingangs schon angemerkt habe, im Verständnis der Moderne in der Grenze der Gesellschaft verortet. In der Grenze der Gesellschaft verortet sein, heißt auch, in der Grenze eines jeden Teilsystems verortet zu sein. Ihnen gehört das Subjekt ebenso an wie der Gesamtgesellschaft. Die Subjekte sind deshalb auch in der Grenze des ökonomischen Systems verortet. Und so, wie sich jedes Subjekt in die Gesamtgesellschaft erst durch seine eigenen Handlungen und Kommunikationen einbringen und mit ihnen sich in ihr vernetzen muss, so muss es sich auch in das ökonomische System als dessen Teilsystem erst selbst

<sup>7</sup> M. Friedman, Kapitalismus und Freiheit, S. 164 f.

einzubringen suchen. Das System der Ökonomie ist daran durchaus interessiert, es ist auf die Inklusion von Lohnarbeitern angewiesen. Von nichts anderem rührt in der Produktion der Gewinn der Kapitaleigner her. Das Problem mit der Ökonomie ist jedoch, dass Systeme ihre eigene Logik kennen, nach der sie prozessieren. Die Logik des Systems der Ökonomie in der Marktgesellschaft ist aber, wie wir erörtert haben, eine Logik, die einer einzigen Zielvorgabe folgt: der der Kapitalakkumulation. Und Logiken sind rigoros. Sie kennen nur, was im System der Logik vorgegeben ist. Die Fixierung auf eine Logik der Kapitalakkumulation lässt deshalb Bedürfnisse der Subjekte nur als abhängige Variable vom Prinzip der Kapitalakkumulation in das ökonomische System eingehen. Sie erlaubt nur, diejenigen Subjekte in das ökonomische System zu inkludieren, deren Inklusion Gewinn verspricht; und sie erlaubt nur, sie zu Bedingungen zu inkludieren, die diesen Gewinn optimieren. Dieser einfache Modus operandi erklärt nicht nur, warum es immer wieder zur Arbeitslosigkeit in der Marktgesellschaft kommt, er erklärt ebenfalls, weshalb es in aller Vergangenheit, auch soweit Menschen inkludiert wurden, Armut und Verelendung gegeben hat und weshalb es heute erneut Armut gibt. In diesem System lassen sich nur so viele Menschen beschäftigen, wie für die von ihnen hergestellten Produkte ein Absatz auf dem Weltmarkt erwartet werden kann. Überdies aber reagiert das System, sobald sich unter diesem Modus operandi ein Überschuss im Angebot von Arbeitskraft herstellt, in der Weise, dass sich die Entlohnung im unteren Lohnbereich in Richtung des Existenzminimums bewegt. Die Weiterungen liegen auf der Hand: Durch die Geschichte der Marktgesellschaft hat es fast immer einen Überschuss an Arbeitskräften gegeben. Kaum einmal konnten alle inkludiert werden, die inkludiert werden wollten. Es ist auch heute nicht möglich. Zudem hat sich zu keiner Zeit die große Zahl derer, die inkludiert wurden, in die Lage versetzt gesehen, aus eigener Kraft Vorkehrungen zu treffen, um die Risikolagen des Lebens: Krankheit und Alter, aufzufangen. Nicht anders steht es um jene Millionen, die sich gegenwärtig genötigt sehen, sich in den Niedriglohngruppen zu verdingen. Systemtheoretisch lässt sich deshalb die Problemlage, in die wir mit der Marktgesellschaft geraten sind, prägnant bestimmen:

*Seiner innersten systemischen Logik zufolge ist das ökonomische System in seiner Prozeduralität unbekümmert um die Subjekte, die in es inkludiert werden wollen und inkludiert werden müssen, um sinnvoll leben zu können. Es ist diese systemische Verfasstheit der Marktgesellschaft - der im System der Marktgesellschaft mitgeführte*

*Widerspruch zwischen der Logik des ökonomischen Systems und den Bedürfnissen der Subjekte in der Grenze der Gesellschaft, die ihre Problemlage bestimmt.*

Präzisieren wir sie, indem wir den Konflikt genauer bestimmen.

### 3.2 In der Organisationsfalle des ökonomischen Systems

Das ökonomische System der Marktgesellschaft ist der innersten Logik seiner Verfasstheit zufolge ein kapitalistisch verfasstes System. Der Begriff des Kapitalismus ist in der ökonomischen Theorie perhorresziert. Er gilt durch die Marx'sche Theorie diskreditiert. Unter dem gegenwärtigen Angriff des Kapitals auf den Sozialstaat kommt allerdings auch der Begriff des Kapitalismus wieder zu Ehren. Es ist nicht notwendig, sich länger noch bedeckt zu halten. Tatsächlich ist der Begriff des Kapitalismus resp. der kapitalistischen Produktionsform der prägnanteste Begriff, den man für die innere Verfasstheit des ökonomischen Systems in der Marktgesellschaft finden kann. Er hält fest, was wir als Logik des ökonomischen Systems aufgewiesen haben: auf eine Logik der Kapitalakkumulation festgelegt zu sein. Sie ist es, die die ungemeine Leistungsfähigkeit des ökonomischen Systems in der Güterproduktion bewirkt hat. Sie ist es auch, die gegenwärtig die Akkumulation aus den Gewinnen des Finanzsystems ermöglicht. Eben diese Logik, die Logik kapitalistischen Wirtschaftens, ist es, die mit der Leistungsfähigkeit des ökonomischen Systems auch die durch sie bewirkte Problemlage der Marktgesellschaft entstehen lässt. Den Grund habe ich zuvor schon genannt: Es gibt in der Marktgesellschaft einen Widerspruch zwischen der Leistungsfähigkeit des ökonomischen Systems und den Anforderungen der Subjekte an es. Die marxistische Theorie wollte den Widerspruch darin gelegen sehen, dass im Kapitalismus die Produktion in vergesellschafteter Form erfolgt, die Aneignung der Produkte aber privat. Doch weshalb soll darin ein Widerspruch liegen? Auch die Organisation der Produktion erfolgt bereits privat. Es waren Unternehmer, die historisch das System der Marktgesellschaft haben entstehen lassen. Es sind auch heute Organisationsleistungen der Unternehmer, resp. der Geschäftsführer des Kapitals, die das System erhalten. Wer das System organisiert, erntet auch ihren Ertrag. So einfach ist das. Die ökonomische Theorie wird deshalb nicht zögern, in dieser Form der Organisation des Systems die sinnvollste Zuordnung von Produktionsform und Produktionsmittel zu sehen, die man sich denken kann. Der wirkliche Widerspruch liegt

nicht im ökonomischen System; er liegt dort, wo wir ihn schon ausgemacht haben: zwischen den Strukturen des ökonomischen Systems und den Bedürfnissen der Subjekte.<sup>8</sup>

Die Beschwer, sich nicht zu Bedingungen in das ökonomische System inkludieren zu können, die ein sinnvolles Leben zu führen erlauben, erstreckt sich nicht nur auf die Teilhabe an materiellen Gütern, sie gilt auch für so ideelle wie die Bildung; und sie gilt insbesondere für jenes Gut, das für den Liberalismus der ökonomischen Theorie das höchste Ziel aller sozialen Einrichtungen darstellt: die Freiheit.<sup>9</sup> Es bedarf nicht viel, um einzusehen, dass die Freiheit, den Beruf zu wählen und Güter zu tauschen, für jeden einen Wert darstellt. Es bedarf auch nicht viel, um von dem Postulat der Freiheit auch die Freiheit umfasst zu sehen, ein Gespräch zu führen oder eine Universität zu besuchen.<sup>10</sup> Es sollte jedoch ebenso wenig bedürfen, um einzusehen, dass diese Freiheit unter die systemische Verfassung einer Gesellschaft geraten ist, deren ökonomisches System diese Freiheit Millionen von Menschen verweigert. Die Freiheit der Person ist, wie wir noch erörtern werden, in der Tat für das Selbstverständnis des Subjekts in der Neuzeit grundlegend, sie haftet jedoch an den Bedingungen der Gesellschaft. Und die blockieren sie für jene, die sich an deren Rand gedrängt sehen. Kann es irgend zweifelhaft sein:

*Wir sind mit der Marktgesellschaft in eine Organisationsfalle geraten. Das ökonomische System leistet nicht, was es leisten müsste: alle zu inkludieren und alle zu Bedingungen, die sie Anteil haben lassen an den ökonomischen und kulturellen Errungenschaften der Gesellschaft, der ihm ein sinnvolles Leben ermöglicht.*

Wenn man sich der intrinsischen Logik der vom ökonomischen System bestimmten Marktgesellschaft vergewissert hat, fällt es schwer zu meinen, wir lebten in der besten aller Gesellschaften.<sup>11</sup> Das werden jedenfalls die in Abrede stellen wollen, die sich an ihren Rand gedrängt sehen. Der aber wird zunehmend breiter.

<sup>8</sup> In neueren Ansätzen zur marxistischen Theorie ist man denn auch bemüht gewesen, den Widerspruch anders zu bestimmen und den Verweis auf die Privatheit als Verweis auf die Negation der Bedürfnisse derer zu verstehen, die von der Kapitalverwertung nicht profitieren. Vgl. C. Offe, Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, S. 15.

<sup>9</sup> So M. Friedman, Kapitalismus und Freiheit, S. 35.

<sup>10</sup> A. Sen, Ökonomie für den Menschen, S. 17 ff.

<sup>11</sup> Vgl. zu diesem Topos das Streitgespräch in: K. U. Mayer, Die beste aller Welten?

#### 4 Der Begriff der Gerechtigkeit

Generiert wird das Problem der Marktgesellschaft vom ökonomischen System, aufgefangen werden muss es vom politischen System. Dort brandet es als Postulat der Gerechtigkeit an. Mit ihr sind wir befasst. Wir geben deshalb dem Begriff der Gerechtigkeit einen Gehalt, der sich grundlegend von dem unterscheidet, der ihm gemeinhin philosophisch durch Verweis an transzendente Prinzipien zugrunde gelegt wird. Soziologisch bestimmt sich der Begriff der Gerechtigkeit an dem, was den Problemgehalt der modernen Gesellschaft ausmacht: die Exklusion aus dem ökonomischen System und damit die Verdrängung an den Rand der Gesellschaft.<sup>12</sup> Ganz und gar exkludiert werden kann niemand aus dem ökonomischen System. Jedes Gut zum Leben muss in ihm erworben werden. Wenn wir deshalb von der Exklusion aus dem ökonomischen System resp. der Gesellschaft sprechen, die unzureichende Inklusion immer eingeschlossen, so meinen wir damit die Exklusion von einem Zugang zum Markt, durch die der Erwerb der Mittel beeinträchtigt wird, um auf dem Markt zu kaufen, was man zum Leben braucht. Präzisieren wir deshalb, was mit der Gerechtigkeit eingefordert wird.

*Eingefordert wird im Postulat der Gerechtigkeit eine Inklusion in das ökonomische System und dadurch eine Integration in die Gesellschaft, die es erlaubt, den Anforderungen der Moderne an ein sinnvoll geführtes Leben zu entsprechen. Gerechtigkeit meint deshalb, um den Begriff noch einmal eigens zu bestimmen, allen die Möglichkeit zu geben, sich so in die Gesellschaft zu integrieren, dass sie an den ökonomischen und kulturellen Errungenschaften der Gesellschaft einen Anteil haben.*

Der am Problem der Marktgesellschaft orientierten Bestimmung der Gerechtigkeit eignet eine anthropologische Tiefendimension, die durch die Geschichte der Marktgesellschaft für Millionen Menschen bedroht und verstellt wurde. In die Gesellschaft integriert zu werden, ist ein Erfordernis, das zur anthropologischen Verfassung menschlichen Daseins gehört. Von ihr wird die Sinndimension der Lebensführung umfasst. Die aber wird von dem je historischen Organisationsniveau der Gesellschaft bestimmt. Sie lässt sich nicht negieren, weil sich die Sinndimension der menschlichen Daseinsform nicht negieren lässt. Unter der

<sup>12</sup> Zu den Dimensionen der Exklusion vgl. die Beiträge in: H. Bude / AS. Willisch (Hg.), Das Problem der Exklusion.

Möglichkeitsform des kategorischen Konjunktivs zu leben, hat Helmuth Plessner als anthropologische Verfassung verstanden.<sup>13</sup> Gemeint war sie als eine dem Subjekt eigene Lebensform. Die Pointe am >>Kategorischen Konjunktiv<< ist jedoch, dass sich die Möglichkeitsform an der Sinndimension bestimmt, die der Entwicklungsstand der Gesellschaft heraufgeführt hat. Wenn das Subjekt der anthropologischen Verfassung seiner Lebensform gerecht werden soll, dann muss es einen Anteil an den ökonomischen und kulturellen Errungenschaften der Gesellschaft gewinnen, der ihm ein sinnvolles Leben zu führen ermöglicht; War das nicht die Zielvorgabe, die der Liberalismus eines John Stuart Mill artikuliert? Jedem die Entfaltung seiner Möglichkeiten zu garantieren, dass er Anteil haben kann an den Errungenschaften seiner Zeit.

Ersichtlich muss das Postulat der Gerechtigkeit unter den gesellschaftlichen Bedingungen der Gegenwart als ein entschieden sozialstrukturelles und als sozialstrukturelles als ein ebenso entschieden politisches Postulat verstanden werden. Das Postulat der Gerechtigkeit zielt, das zeigt die Problemlage, wie sie sich in der Marktgesellschaft ausgebildet hat, auf eine Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die nicht belassen werden sollen, wie das ökonomische System sie entstehen lässt. So jedenfalls wird man den Begriff der Gerechtigkeit in der Marktgesellschaft bestimmen, wenn man ihn nicht aus transzendentalen Prinzipien herzuleiten sucht, sondern von den Belastungen und Anforderungen derer bestimmt sieht, die Grund haben, Gerechtigkeit in der Gesellschaft einzufordern. Sie stellt das System der Ökonomie nicht überhaupt in Frage, wohl aber stellt sie in Frage, es bei den von ihr bewirkten Strukturen belassen zu wollen, durch die Millionen an der Gesellschaft leiden.

#### 5 Die Errungenschaft des Sozialstaats

Für einen knappen historischen Augenblick, für kaum mehr als ein halbes Jahrhundert, konnte es scheinen, als habe man das Problem, nicht alle in das ökonomische System inkludiert zu sehen und viele nicht zu zureichenden Bedingungen, im Griff. Das Organisationspotential dazu hatte sich im politischen System mit der Marktgesellschaft entwickelt. Das Bürgertum

<sup>13</sup> H. Plessner, Der kategorische Konjunktiv, Ges. Schriften Bd. VIII; S. 338-352. Der Begriff liegt in nächster Nähe zu dem, was Musil als Möglichkeitsform reflektiert. R. Musil, Der Mann ohne Eigenschaften.

hatte es in der Französischen Revolution genutzt, um seine Stellung in der Gesellschaft durch eine demokratische Verfassung zu sichern. Das Proletariat suchte es für sich zu nutzen. Die Revolution im November 1918 bot ihm dazu die Gelegenheit. Sie und nicht schon die Bismarckschen Versicherungsgesetze bestimmten Idee und Substanz des Sozialstaats. Denn der war, so wie er aus der Revolution hervorging, der Versuch, Gerechtigkeit gegen die Strukturen des Marktes zur Geltung zu bringen. Der Staat übernahm eine Garantstellung dafür, dass alle versorgt und durch die sozialstaatlichen Leistungen doch noch zu akzeptablen Bedingungen in das ökonomische System inkludiert wurden. Gewiss, der Sozialstaat behielt in der Weimarer Republik Züge eines Programms, von dem man nicht wusste, was es endlich bewirken würde. Seine Absicht war deutlich: Es war ein Programm, das darauf zielte, die Zukunft für die Lebbarer zu machen, die bis dahin unter der Marktgesellschaft zu leiden hatten. Man muss sich den systemischen Stellenwert vergegenwärtigen, der dem Sozialstaat auf dem Hintergrund der Organisationsform der Marktgesellschaft durch das ökonomische System zukommen sollte: Mit ihm sollte durch das politische System eine zu den Strukturen des ökonomischen Systems komplementäre Struktur in den Aufbau der Gesellschaft eingefügt werden. Es war eine historische Katastrophe, dass sich die Weimarer Republik durch die politische Konstellation daran gehindert sah, den Sozialstaat gegen seine Widersacher, die Unternehmer, zu stützen und vor dem Scheitern zu bewahren, als er am dringlichsten benötigt wurde: in der Weltwirtschaftskrise 1930-32.

Ein zumindest intuitives Verständnis für die Problemlage, aus der die Katastrophe des Nationalsozialismus hervorging, ließ den Parlamentarischen Rat den Sozialstaat im Grundgesetz der Bundesrepublik so verankern, wie es in den Artikeln 20 und 28 geschehen ist. Er hat eine verfassungsmäßige Ausstattung erfahren, die daran hindern soll, ihn überhaupt abzuschaffen. Tatsächlich konnte der Sozialstaat nach den Jahren der Prosperität unter der sozialliberalen Koalition so ausgebaut werden, dass mit ihm der Gerechtigkeit eine Perspektive eröffnet wurde. Die große Rentenreform 1957 und der mit ihr verbundene Übergang zur Lebensstandardsicherung hatte daran entscheidenden Anteil.<sup>14</sup> Es ist die Ausgestaltung dieser Jahre, von der man heute sagt, sie sei allzu üppig ausgefallen. Die, die davon leben mussten, werden das anders sehen. Heute stecken wir in einer tiefen Krise des Sozialstaats. Sie ist durch das Zusammentreffen einer endogenen und einer exogenen Entwicklung des ökonomischen Systems bewirkt worden. Endogen hat die in der Logik der

<sup>14</sup> H. G. Hockerts, Die historische Perspektive, S. 39.

Entwicklung der Produktivkräfte gelegene Steigerung der Produktivität dazu beigetragen, das strukturelle Defizit des ökonomischen Systems auf Dauer zu stellen, kein Gleichgewicht zwischen dem Angebot an Arbeitskräften und der Nachfrage nach ihnen herstellen zu können. Exogen hat die Globalisierung eine wesentliche Bedingung des Sozialstaats unterhöhlt: dessen nationalstaatliche Verfasstheit. Unter der Entwicklung des Weltmarktes sieht sich das ökonomische System in der Lage, sich nationalstaatlichen Belastungen durch den Sozialstaat zu entziehen. Beide Entwicklungen haben dazu geführt, dass der Staat sich von der Ökonomie hat in Pflicht nehmen lassen, den Sozialstaat abzubauen. Unter ihrem Druck ist der Sozialstaat seiner Idee und seiner Substanz nach erneut gescheitert und zur Armutsverwaltung verkommen.

Mit der Krise des Sozialstaats rückt das wirkliche Problem der Marktgesellschaft in den Blick: das systemische und organisatorische. Der volkswirtschaftliche Reichtum wird nicht nur im ökonomischen System geschaffen, er wird dort auch verteilt, als Lohn und Gehalt einerseits, als Gewinn aus dem Kapital andererseits. Was immer der Sozialstaat an Leistungen erbringt, beruht deshalb notwendig auf Umverteilungen von Verteilungen, die im ökonomischen System schon einmal erfolgt sind. Und die werden von Unternehmern und Shareholdern als eine Art Enteignung verstanden. Die ökonomische Theorie verlangt, die Unternehmen hinkünftig nur noch soweit zu belasten, als es zur Sicherung der Infrastruktur notwendig ist.<sup>15</sup> Unter der Meinungsführerschaft der ökonomischen Theorie hat sich der Sozialstaat in der Marktgesellschaft eine veritable Inversion seiner Wahrnehmung und Wertung gefallen lassen müssen. Unternehmer und Shareholder haben ihm bereits während der Weimarer Republik ablehnend gegenüber gestanden. Heute gilt es der ökonomischen Theorie als ausgemacht, dass der Sozialstaat der Grund dafür ist, den Sozialstaat überhaupt nötig zu haben.

<sup>15</sup> S. H.-W. Sinn, Ist Deutschland noch zu retten?, S. 19 ff.

Mit der ökonomischen Theorie könnte man leben, wäre sie nur eine Theorie, die sich im Feld der Gesellschaftstheorie breit gemacht hätte. Sie hat es jedoch verstanden, sich in das politische Bewusstsein einzubringen und in den Köpfen der Führungselite der politischen Parteien festzusetzen. Selbst gestandene Theoretiker des Sozialstaats sind unter ihrem Einfluss zu der Überzeugung gelangt, dass sich die einstmalen verfolgten Ziele des Sozialstaats nicht halten lassen. Esping-Andersen stellt fest:

„If, as in most of Europe, welfare states are committed to uphold existing standards of equality and social justice, the price is mass unemployment; to reduce unemployment, Europe appears compelled to embrace American-style deregulation. This will inevitably bring about more poverty and more inequality. ...Basically, the welfare state produces too much protection where flexibility is needed, too much equality where differentiation is the order of the day.“<sup>16</sup>

Wenn das die Alternative ist, dann, so sollte man meinen, sei dem von der gesellschaftlichen Entwicklung geforderten Abbau der Gleichheit, wenn die denn jemals das Ziel des Sozialstaates war, inzwischen Genüge getan. Denn der gesellschaftliche Reichtum lagert sich zunehmend im oberen Viertel der Einkommenspyramide an. Das untere Viertel verarmt. Darüber hinaus sieht auch die untere Mittelschicht ihre Einkommenslage in Mitleidenschaft gezogen. Zwischen 1993 und 2004 hat sich das Nettovermögen des reichsten Viertels in Westdeutschland um knapp 28% erhöht, im ärmsten Viertel erfolgt dagegen im gleichen Zeitraum ein drastischer Rückgang von 50%.<sup>17</sup> Die Spreizung beträgt mithin nahezu 80%. Vergleichbare Daten zeigt die Entwicklung in den USA. Auf diese Entwicklung komme ich noch zurück.

## 6 Der Widerstand gegen Gerechtigkeit

### 6.1 Der Verruf der Gerechtigkeit

Der Abbau der sozialstaatlichen Leistungen bis zur Grenze der Armut geht in eins mit dem Abbau sozialer Gerechtigkeit. Deren Geltung wird von der neoliberalen Theorie schlicht in Abrede gestellt. Die neoliberale Doktrin erklärt, mit dem Postulat der sozialen Gerechtigkeit nichts anfangen zu können. In ihr stellt sich Gerechtigkeit als Trugbild ohne

<sup>16</sup> Gösta Esping-Andersen; *Social Foundations of Postindustrial Economies*, S. 3.

<sup>17</sup> W. Heitmeier / S. Hüpping SZ vom 21./22. Oktober, S 13. Vgl. des Näheren unten Kap.9.

Bedeutungsgehalt dar, so recht als eine Unsinnskategorie.<sup>18</sup> Man kann in der Negation der sozialen Gerechtigkeit den Ausdruck einer Borniertheit sehen, die jedes System kennzeichnet. Es sieht nur, was es sieht, und es versteht nur, was sich in der Logik des Systems verstehen lässt. Jedes System entwirft deshalb nicht nur immer auch eine Theorie des Ganzen, <sup>19</sup> sie sucht das Ganze – die Gesellschaft - auch von ihr bestimmt sein zu lassen. Man muss die Botschaft recht verstehen, die der Verruf der Gerechtigkeit zu übermitteln sucht: Wem der Markt nicht hilft, dem soll auch nicht geholfen werden. Hilfe zum Überleben, wenn es denn sein muss, aber keine, die ihm die Eingliederung in die Gesellschaft sicherte. Das ist die Botschaft.

Die neoliberale Theorie ist keine Theorie wie jede andere. Der schiere Umstand, dass sie sich im Einklang mit der Verfassung des ökonomischen Systems weiß, lässt sie sich auch im Einklang mit dem Interessen- und Machtpotenzial des ökonomischen Systems. i. e. des Kapitals wissen. Seine Interessenten zögern nicht, sie auch zu nutzen. Mehr als 600 Think-Tanks haben über die ganze Welt eine Glaubenskongregation geschaffen, deren Zielsetzung es ist, die öffentliche Meinung von der Wahrheit des Neoliberalismus zu überzeugen. Jene eigenartige Überzeugung, die häufig auch in philosophischen Diskursen zu finden ist: die Wahrheit letzten Endes auf einen Glauben gründen, sie dann aber rational auskleiden zu müssen<sup>20</sup>, zeichnet auch den Neoliberalismus aus.<sup>21</sup> Es ist der Glaube an den Markt, den die neoliberale Theorie in den Medien propagiert und den sie dem politischen Bewusstsein der Öffentlichkeit einzuprägen weiß. Es ist ihr nicht ganz gelungen. Im politischen Bewusstsein der Öffentlichkeit findet sich das neoliberale Credo nur in einer gebrochenen Form wieder. Der Kernsatz der Theorie, dem Markt die Gestaltung der Gesellschaft überlassen zu müssen und der Politik nur die Aufgabe zuzuweisen, für den Markt günstige Bedingungen herzustellen, erfreut sich der Zustimmung einer Mehrheit, nicht aber der Verruf der Gerechtigkeit. Die öffentliche Meinung will von der Gerechtigkeit nicht lassen.<sup>22</sup> Auch die Politik getraut sich nicht, der Verruferklärung der Gerechtigkeit durch die neoliberale Theorie explizit zuzustimmen. Gerechtigkeit ist eine der meist gebrauchten Maximen der politischen

<sup>18</sup> So Fr. A. Hayek, *Recht, Gesetz und Freiheit*, S. 213 ff., 229.

<sup>19</sup> G. Willke, *Supervision des Staates*, S. 99.

<sup>20</sup> So P. Kondylis, *Die Aufklärung im Rahmen neuzeitlichen Rationalismus*, S. 37.

<sup>21</sup> Zur Grundlage der neoliberalen Theorie in einer letzten Glaubensentscheidung explizit Fr. A. Hayek, *Recht, Gesetz und Freiheit*, S. 64.

<sup>22</sup> Vgl. die schon angeführte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Gesellschaft im Reformprozess“.

Meinungsmache. Das allerdings hindert weder die ökonomische Theorie noch die praktische Politik, sich dem politischen Credo verpflichtet zu wissen, die Gestaltung der Gesellschaft allein dem Markt überlassen zu sollen und, wenn möglich, die Verhältnisse zu bessern. Unter diesem Credo ist der Abbau des Sozialstaats erfolgt; unter diesem Credo sind mit dem Abbau des Sozialstaats Millionen von Menschen, Erwachsene wie Kinder, der Armut überantwortet.

Es scheint angezeigt, einem Missverständnis vorzubeugen: Wir sind der Marktgesellschaft verhaftet. Und in der ist es überaus bedeutsam, wenn mit den Mitteln des Marktes Arbeitsplätze geschaffen werden. Nur ändert das nichts an dem Befund, dass Millionen arbeitslos bleiben und weitere Millionen in Niedriglohngruppen arbeiten, deren Verdienst an der Armutsgrenze gelegen ist, häufig aber darunter bleibt. Nichts ändert sich auch an dem Befund, dass die Gesellschaft auseinanderdriftet, die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Exakt das ist das Problem der Gerechtigkeit, wie es sich in der gegenwärtigen Gesellschaft stellt. Ihre Problemdimension lässt prägnant bestimmen, was Gerechtigkeit in der Marktgesellschaft verlangt:

*Das ökonomische System kann keiner anderen Logik folgen als der Logik der Kapitalakkumulation. Es braucht, wen es braucht und lässt außen vor, wen es nicht braucht. Wenn Gerechtigkeit sein soll, dann muss es Aufgabe der Politik sein, Strategien zu entwickeln, die die für die Gesellschaft negative Funktionalität des ökonomischen Systems auffangen.*

Die Aufgabe des politischen Systems, der Gerechtigkeit Geltung zu verschaffen, hat eine historische Dimensionierung, die wir erörtern müssen, weil sie bei dem Bemühen, zu einer Klärung zu kommen, mitgeführt werden muss.

### 6.3 Zeitenwende

Die Marktgesellschaft liegt im Schnitt zweier historischer Entwicklungslinien, die beide eine gattungsgeschichtliche Dimensionierung aufweisen. Ich habe die konstruktive Genese beider Entwicklungslinien bis zur Neuzeit verfolgt.<sup>23</sup> Die eine der Entwicklungslinien wird von den konstruktiven Bedingungen bestimmt, unter denen sich die Gesellschaft seit urgeschichtlicher Zeit gebildet hat. Macht macht den Bodensatz ihres Bildungsprozesses aus. Durch die Geschichte hin haben sich die Gesellschaften über die Machtpotenziale gebildet, die Subjekte

23 G.- Dux, Gerechtigkeit im historisch-genetischen Verständnis der Moderne.

in sie einzubringen vermochten. Nie hat es eine Gesellschaft gegeben, in der Gerechtigkeit schon in die Strukturen der Gesellschaft eingelassen gewesen wäre. Das war eine der Einsichten, die sich in der Rekonstruktion der Genese der Gerechtigkeit in der Geschichte aufdrängte. Macht liegt auch am Grunde des ökonomischen Systems der Marktgesellschaft. Nur ist das Medium, durch das sie gewonnen wird, der Markt. Wenn man wissen will, warum es das überhaupt gibt, Gerechtigkeit, warum das Postulat auszubilden sich überhaupt als notwendig erwiesen hat, dann sieht man sich an den Bildungsprozess der Gesellschaft über Macht verwiesen.

Die andere der Entwicklungslinien wird von der Entwicklung des Bewusstseins bestimmt, dass die Lebensformen des Menschen von ihm selbst konstruktiv geschaffene Lebensformen darstellen. Jahrzehntausende waren notwendig, um die Handlungs- und gesellschaftliche Organisationskompetenz des Menschen weiter zu entwickeln, bevor sich das Bewusstsein auszubilden vermochte, dass die Lebensformen des Menschen von ihm selbst geschaffene Lebensformen sind. An den Gewinn dieses Bewusstseins ist die Genese der Idee der Gerechtigkeit geknüpft. Ich habe die Genese dieser Idee von den archaischen Hochkulturen über die philosophische Reflexion in der Antike bis zur Neuzeit und der Moderne verfolgt.<sup>24</sup> An den Gewinn des Bewusstseins der Konstruktivität sieht sich auch die Politik verwiesen, die der Gerechtigkeit Geltung verschaffen soll.

Ein anfängliches Bewusstsein der Konstruktivität wurde bereits am Beginn der Neuzeit als philosophische Reflexion auf den Umbruch im Naturverständnis gewonnen. Kants kopernikanische Wende in der Philosophie ist ein prägnanter Ausdruck dieses Bewusstseins.<sup>25</sup> Nietzsches Philosophie dient das Verständnis, die Welt als Konstrukt und das heißt für ihn als unendliche Interpretation zu verstehen, bereits als methodische Grundlage seines Philosophierens.<sup>26</sup> Systematisch bewältigen lässt sich das Bewusstsein der Konstruktivität erst, wenn man es an die evolutive Entwicklung der anthropologischen Verfassung anzuschließen sucht.<sup>27</sup> Dann nämlich lässt sich nach den Bedingungen und nach den Verfahren fragen, unter denen sich die konstruktive Daseinsform des Menschen auszubilden

24 Dazu die schon angeführte Arbeit G. Dux, Gerechtigkeit im historisch-genetischen Verständnis der Moderne.

25 I. Kant, Kritik der reinen Vernunft, B S. 12.

26 Fr. Nietzsche, Fröhliche Wissenschaft 3, 627 (374); ders., Jenseits von Gut und Böse, 5, 37 (229).

27 Dazu G. Dux, Historisch-genetische Theorie der Kultur, S. 29 ff., 50 ff.



vermochte. Dann lässt sich aber auch fragen, wie ein bewusst gewordenes Vermögen der Konstruktivität genutzt werden kann, um der Belastung entgegenzuwirken, die sich aus dem naturwüchsigen Bildungsprozess der Gesellschaft über Macht ergeben und die in allen Gesellschaften Menschen – Gruppen, Kasten, Schichten, Klassen – an der Gesellschaft hat leiden lassen.

*Es ist dieses Wissen, das eine Zeitenwende in der Geschichte heraufgeführt hat. Seither trifft die naturwüchsige Entwicklungslinie über Macht auf ein über die Konstruktivität der menschlichen Daseinsform aufgeklärtes Wissen, das sich nicht damit abfinden will, die gesellschaftliche Lebensform der Machtverfassung des ökonomischen Systems unterworfen sein zu lassen. Mit dem Postulat der Gerechtigkeit wird das Bewusstsein der Gestaltungshoheit der menschlichen Daseinsform im Interesse des Subjekts eingefordert.*

Im Postulat der Gerechtigkeit wird nach allem ein Konflikt virulent, der mit den historischen Entwicklungslinien heraufgeführt und unvermeidlich geworden ist. Er zieht sich durch die Neuzeit und hat deren Geschichte bestimmt. Drei Phasen sind es, in denen er sich ausprägt. Sie lassen sich am ehesten bestimmen, wenn man den vom Bewusstsein der Konstruktivität heraufbeschworenen Konflikt mit der Machtverfassung der Gesellschaft von jenem Postulat bestimmt sieht, das für das Selbstverständnis des Subjekts in der Neuzeit grundlegend geworden ist und auch dem Postulat der Gerechtigkeit eng verbunden ist: dem der Selbstbestimmung und Freiheit.

#### 6.4 Selbstbestimmung und Freiheit

Selbstbestimmung und Freiheit gehören seit Beginn der Neuzeit zum Selbstverständnis des Subjekts. Beide Postulate liegen den frühen Gesellschaftstheorien der Neuzeit zugrunde. Darin, sie als Prinzipien der neuzeitlichen Verfassung der Gesellschaft hervorgekehrt zu haben, liegt die Wahrheit des Liberalismus. Weshalb ist das so? Es ist selten gesehen worden, dass Selbstbestimmung und Freiheit ihren Grund im Bewusstsein der Konstruktivität haben. Wenn die Gesellschaft nicht schon von Natur aus ist, wie jeder sie vorfindet, wenn sie sich stattdessen aus dem konstruktiven Vermögen des Menschen heraus gebildet hat und auf den Menschen konvergiert, dann gibt es für deren Gestaltung nur eine Vorgabe: den Menschen selbst. >>Den Menschen<< gibt es aber nur als einzelnes Subjekt, mag jeder einzelne in seiner Lebensführung auch noch so gesellschaftlich bedingt sein. Was in der Antike

angedacht wurde, tritt deshalb in der Neuzeit ins helle Licht des Bewusstseins: Der Mensch ist das Maß aller Dinge. Das Subjekt im Konvergenzpunkt der Gestaltungshoheit ist die einzige Wertigkeit, die nicht infrage gestellt werden kann, weil alle Wertigkeit erst von ihm als Gattungswesen ausgeht. Wer mit der Gestaltung der gesellschaftlichen Lebensform die Lebensbedingungen des Subjekts infrage stellt, stellt das Dasein der menschlichen Lebensform selbst infrage. Die aber ist wie das Leben selbst ein schlechthiniges Apriori. Ich komme auf diese Feststellung später noch zurück.

Das Postulat der Selbstbestimmung und Freiheit des Subjekts ist in den Gesellschaftstheorien der frühen Neuzeit in einer für die Zeit höchst charakteristischen Weise verstanden worden. Es wurde von denen, die die Marktgesellschaft heraufführten, von Kaufleuten und Handwerkern, und denen, die sich in der mit dieser Gesellschaft ausbildenden Berufsstruktur, in der Verwaltung wie im Bildungsbereich, günstig zu plazieren wussten, von Bürgern also, für ihre eigene Tätigkeit in Anspruch genommen. Auch wenn der Liberalismus zu keiner Zeit gänzlich mit dem Bürgertum zur Deckung kam, das Bürgertum bildete in den Jahrhunderten der frühen Neuzeit sein eigentliches Substrat. Dem Postulat von Selbstbestimmung und Freiheit wurde dadurch eine historische Ausprägung zuteil, die man nicht hätte erwarten können: Es wurde der sich über den Markt bildenden Machtverfassung der Marktgesellschaft integriert. Der Konflikt zwischen der Machtverfassung der Gesellschaft und dem Wissen um ihre Konstruktivität im Interesse des Subjekts, das ja immer nur das Interesse eines jeden einzelnen Subjekts sein kann, blieb verdeckt. Doch das ist nicht die ganze Geschichte und perspektivisch nicht einmal ihr wichtigster Teil: Fürderhin sollte durch das Junktum zwischen der Marktgesellschaft und dem Postulat von Selbstbestimmung und Freiheit gelten, dass sich Selbstbestimmung und Freiheit überhaupt nur in einer über den Markt bildenden Verfassung der Marktgesellschaft sollten realisieren lassen. Der Markt wurde als Garant der Selbstbestimmung und Freiheit verstanden. Man kann den Anteil, den das ökonomische System an der freiheitlichen Verfassung der modernen Gesellschaft hat, nicht übersehen. Das ökonomische System hat nachhaltig dazu beigetragen, den Rechtsstaat auszubilden. Wenn man jedoch als soziologischer Beobachter die Masse derer im Blick hat, die von der Verfassung des ökonomischen Systems durch die Geschichte hin exkludiert wurden und heute exkludiert werden, wäre es jedoch schlicht Aberwitz, das ökonomische System für das Subjekt als Garanten der Selbstbestimmung und Freiheit verstehen zu wollen. Für die ungezählten Millionen, die das ökonomische System exkludiert hat und weiter

exkludiert, die unzureichende Inklusion immer eingeschlossen, stellt das ökonomische System gerade die Bedrohung ihrer Selbstbestimmung und Freiheit dar.

Der Widerspruch zwischen der Verfassung der Gesellschaft, wie sie vom ökonomischen System bewirkt wird, und dem Postulat von Selbstbestimmung und Freiheit kam im Liberalismus der frühen Neuzeit nicht zu Bewusstsein. Zu übersehen war die elende Lage der Massen am Rande der Gesellschaft im Pauperismus des 19. Jahrhunderts nicht. Die Liberalen des ausgehenden 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren jedoch mit den Massen am Rande der Gesellschaft, dem Pöbel, ganz einfach nicht befasst, jedenfalls nicht im mainstream ihrer politischen Programmatik. Seine gesellschaftspolitische Artikulation fand der Widerspruch zwischen den Postulaten von Selbstbestimmung und Freiheit und der gesellschaftlichen Verfassung in dem sich organisierenden Proletariat in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts. Mit ihm gewann der Konflikt eine Ausprägung, die die Zeitenwende bestimmt:

*Mit der Organisation des Proletariats wird eingefordert, was als Erkenntnis gewonnen und als Postulat von Selbstbestimmung und Freiheit umgesetzt wurde: die Gestaltung der Gesellschaft im Interesse des Subjekts, genauer: eines jeden Subjekts.*

Dem Proletariat blieben im Verfolg seiner eigenen Selbstbestimmung und Freiheit nur zwei Möglichkeiten der politischen Programmatik: die Überwindung der Marktgesellschaft – die kommunistische Perspektivierung - oder ihre Revision im Interesse des Proletariats – die sozialdemokratische Perspektivierung. In Deutschland führte die Revolution vom November 1919 zum Sozialstaat. Er scheiterte. Das Scheitern hatte komplexe Gründe in der historischen Konstellation. Wir werden sie erörtern. Doch einer der stärksten Gründe für das Scheitern war der Widerstand des Kapitals resp. der Strukturen der Ökonomie gegen den Sozialstaat. Das ökonomische System war in seiner Machtverfassung stärker als das politische Potenzial, das das Proletariat für den Sozialstaat aufzubieten vermochte. Jedem ist bewusst, dass das Scheitern der Weimarer Republik in die Katastrophe der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten führte. Nicht gleicher Weise bewusst ist jedoch, dass der eine von zwei Gründen, die das Scheitern der Weimarer Republik bewirkt haben und die Katastrophe des Nationalsozialismus wie ein Verhängnis über die Menschen haben kommen lassen, in den Strukturen der Marktgesellschaft gelegen ist. Wenn irgendwo, dann liegt das Verhängnis schon in den Strukturen einer Gesellschaft, der es nicht gelingt, die Subjekte in sich zu integrieren. Mit dem Scheitern des Sozialstaats der Weimarer Republik müssen wir deshalb

befasst sein, weil dem Scheitern des Sozialstaats der Weimarer Verfassung eine strukturelle Konstellation unterliegt, die auch die Konfliktlage der Gegenwart darstellt. Das Problem ist nicht, dass die politischen Verhältnisse von Weimar wiederkehren könnten, das Problem ist, dass der Bildungsprozess der Gesellschaft über die Machtverfassung des ökonomischen Systems damals wie heute die Integration der Subjekte in die Gesellschaft zu gedeihlichen Bedingungen blockiert. Es ist die Dauer des integrativen Defizits und des dadurch bewirkten Konflikts, die den Schrecken der Katastrophe ebenfalls dauern lässt.

Auch wenn die Konfliktlage dauert, das politische Bewusstsein der gegenwärtigen Verhältnisse unterscheidet sich signifikant von dem des 19. und der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts. Im Proletariat im 19. und 20. Jahrhunderts war das Bewusstsein virulent, der Bedrückung der Millionen, die durch die Exklusion aus dem ökonomischen System bewirkt wurde, abhelfen zu müssen, aber auch abhelfen zu können. Gerechtigkeit lag im Horizont der politischen Programmatik nicht nur, aber vor allem der Sozialdemokratie. In der Marktgesellschaft der Gegenwart hat sich eine Mehrheit gebildet, von der man annehmen muss, dass sie den Konflikt für unvermeidlich hält. Arme hat es immer gegeben, so hat ein sozialdemokratischer Alt-Bundeskanzler sich verlauten lassen. *So what!* Es ist eine gewaltige Inszenierung, die sich tagtäglich mit der immer gleichen Botschaft in der Öffentlichkeit abspielt: Die gegenwärtige Gesellschaft, so heißt die Botschaft, ist die beste aller möglichen Gesellschaften, wenn sie nur belassen wird, wie sie aus dem ökonomischen System hervorgeht. Mitgeführt wird ein Glaube, von dem man nicht weiß, ob er meint, was er sagt: Die Zukunft werde besser sein, als die Gegenwart ist. Das mag man mit Fug bezweifeln. Denn selbst wenn man glauben wollte, was man nicht glauben kann, dass die Arbeitslosigkeit beseitigt und Vollbeschäftigung erreicht werde, auch unter dem Zugewinn an Arbeitsplätzen bleibt die bedrückende Lage der Unterschicht erhalten. Unablässig treibt die Gesellschaft auseinander.

### *7 Die Aufgabe der Wissenschaft*

Wissenschaft ist mit dem befasst, was in der Welt der Fall ist. Diesen Positivismus schuldet sie ihrer Verpflichtung auf Wahrheit. Denn die lässt sich nur für das, was ist, in Anspruch nehmen. Mit der Bestimmung dessen, was in der Gesellschaft der Fall ist, hat es allerdings eine besondere Bewandnis. Denn die Gesellschaft ist zum einen offen für Entwicklungen, die

in der Konsequenz ihrer gegenwärtigen Verfassung liegen. Und sie ist zum ändern offen für eine politische Gestaltung, die sich einem politischen Willen und mit ihm auch normativen Bestimmungen ausgesetzt sieht. Die Soziologie als Wissenschaft der Gesellschaft ist deshalb unumgänglich mit der Möglichkeitsform der Gesellschaft befasst und eben deshalb auch mit ihrer normativen Verfassung. Es ist weder nötig noch machte es Sinn, die Soziologie selbst auf normative Aussagen zu verpflichten. Die Normativität der gesellschaftlichen Verfassung, Moral wie Gerechtigkeit, ist so gut ein Konstrukt wie alle anderen Gestaltungsformen auch. Die Konstruktion der Gesellschaft fällt aber einzig den Mitgliedern der Gesellschaft zu. Die Soziologie kann und muss jedoch die gesellschaftlichen Bedingungen klären, unter denen die Entwicklung der Gesellschaft möglich ist und normative Postulate sich ausbilden und realisieren lassen. Sich dieser Aufgabe für das Postulat der Gerechtigkeit zu unterziehen, ist für sie geradezu imperativisch. Denn mit der Gerechtigkeit wird die Integration der Subjekte in die Gesellschaft eingefordert. Deren Bedingungen zu klären, liegt aber im Fokus einer Theorie der Gesellschaft. Die Aufgabe lässt sich präzisieren.

1. Es ist notwendig, die Dimensionen der gegenwärtigen Konfliktlage bewusst zu machen. Es muss bewusst werden, dass sich die Grundverfassung der Gesellschaft über Handlungsinteressen gebildet hat, die einem einzigen Ziel verpflichtet sind: der Kapitalakkumulation. Und es muss ebenso bewusst werden, dass es die daraus hervorgehende Verfassung des ökonomischen Systems ist, die mit dem Interesse von Millionen Menschen konfliktiert, zu Bedingungen in die Gesellschaft integriert zu werden, die ein sinnvolles Leben zu führen ermöglichen. Dieser Aufgabe kommt nicht zuletzt deshalb eine erhebliche Bedeutung zu, weil es zur gegenwärtigen Konfliktlage gehört, dass die Interessenten an einer uneingeschränkten Formierung der Gesellschaft durch das ökonomische System ihre politische Gestaltung in Abrede stellen. Es entspricht einer historisch-genetischen Erkenntnisstrategie, diese Dimensionierungen am historischen Bildungsprozess der Gesellschaft aufzuklären.

2. Die historische Rekonstruktion der Konfliktlage hat einen Vorzug, der nicht leicht zu überschätzen ist. Sie macht deutlich, dass sich die Marktgesellschaft über Prozesse gebildet hat, die zwar alle das Handeln der historischen Akteure zum Subjekt hatten, über deren gesellschaftliche Ausprägung und historische Entwicklung sie aber nicht schon deshalb verfügen konnten. Wenn es richtig ist, dass die jüngste hinter uns liegende Geschichte wie ein Verhängnis über die Menschen gekommen ist, dann gilt es zu zeigen, dass dieses Verhängnis

zwar in der historischen Konstellation lag, dass aber die historische Konstellation entscheidend von den Strukturen der Marktgesellschaft bestimmt wurde. Aus der Geschichte, sagt man, kann man nicht lernen. Mag sein. Eines aber kann man lernen: Die Strukturen der Marktgesellschaft haben ein Katastrophen generierendes Potenzial. Das lässt sich zeigen.

3. Es ist Aufgabe der Wissenschaft, mit den Möglichkeiten der Veränderungen Bedingungen aufzuzeigen, unter denen der Gerechtigkeit Geltung verschafft werden kann. Dazu ist eine Kritik jener Theorien notwendig, die die Änderungen zu blockieren und die Machtverfassung des ökonomischen Systems der Gesellschaft aufzuzwingen suchen. Es muss bewusst werden, was eigentlich für die Menschheit mit der Frage nach der Gerechtigkeit auf dem Spiel steht. Es ist, so hat Sokrates sich verlauten lassen, ja keine Kleinigkeit zu bestimmen, wie es jeder einrichten muss, um das zweckmäßigste Leben zu führen.<sup>28</sup> Sokrates hatte die Gestaltung des Lebens eines jeden einzelnen im Sinn, die ihm selbst oblag. Wir sind mit der Gestaltung der Gesellschaft befasst, von dem das gute Leben eines jeden einzelnen abhängt.

---

## Zum Schluss Warum denn Gerechtigkeit?

### 1 Die Not der Begründung

#### *1.1 Die erkenntniskritische Dimension der Frage*

Soll Gerechtigkeit sein? Die Frage stürzt uns in Begründungsnöte, die erhebliche erkenntniskritische Reflexionen notwendig machen. Denn welche Antworten auch immer möglich erscheinen, sie werden erneut von der Frage eingeholt, warum sie denn verpflichten sollen. Man kann sich die Dimension der Frage nach dem Grund, der zur Gerechtigkeit verpflichtet, dadurch vergegenwärtigen, dass man sich bewusst macht, dass unter den Erkenntnisvorgaben der Moderne auch das Denken auf seine Geltung befragt werden muss. Seit Nietzsche den Verpflichtungsgehalt des Denkens infrage gestellt hat, ohne sich deshalb vom Denken abbringen zu lassen, harrt die Frage, worin er denn liegen könnte, ihrer

---

<sup>28</sup> Platon, Politeia 344 d-e.